

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angelika Graf (Rosenheim), Bärbel Bas, Iris Gleicke, Elke Ferner, Dr. Edgar Franke, Ute Kumpf, Dr. Karl Lauterbach, Steffen-Claudio Lemme, Caren Marks, Hilde Mattheis, Thomas Oppermann, Mechthild Rawert, Dr. Carola Reimann, Ewald Schurer, Dr. Marlies Volkmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung

Sucht ist eine Krankheit, die nicht von heute auf morgen überwunden werden kann. Sucht ist zudem weit verbreitet: 1,3 Millionen Menschen gelten in Deutschland als alkoholabhängig. 9,5 Millionen Menschen in Deutschland konsumieren Alkohol in gesundheitlich riskanter Form. Jedes Jahr sterben in Deutschland über 70 000 Menschen an den Folgen ihres Alkoholmissbrauchs. Zwar ist der regelmäßige Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen in der Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen in den vergangenen Jahren zeitweise gesunken, gleichzeitig nimmt aber die Häufigkeit von Trinkexzessen von Kindern und Jugendlichen zu. Zwar konnte in den letzten Jahren bei Kindern und Jugendlichen ein Trendwechsel zum Nichtrauchen erreicht werden, doch auch die Nikotinabhängigkeit bleibt ein großes Problem. In Deutschland sind zudem schätzungsweise 1,4 bis 1,9 Millionen Menschen medikamentenabhängig, davon 70 Prozent Frauen. Computer- und Onlinesucht sind neuere Phänomene, die entschiedene Gegenmaßnahmen erfordern. Damit möglichst viele Betroffene den Ausstieg aus der Sucht schaffen, müssen wir ihnen unter den bestmöglichen Bedingungen Hilfen anbieten.

Die neue Bundesregierung kann auf die umfangreiche Vorrarbeit der vorherigen Bundesregierung sowie der bisherigen Drogenbeauftragten der Bundesregierung Sabine Bätzing (SPD) aufbauen. Neben erfolgreichen Maßnahmen wie der stufenweisen Anhebung der Tabaksteuern, dem Abgabeverbot an Minderjährige, der Einführung des Chipkartensystems für alle Zigarettenautomaten, den gesetzlichen Beschränkungen der Tabakwerbung und des -sponsorings sowie der Einführung der Rauchverbote in öffentlichen Einrichtungen, im öffentlichen Personenverkehr und in der Gastronomie hatte die bisherige Drogenbeauftragte auch Vorschläge für nationale Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention vorgelegt.

Die Kleine Anfrage dient dazu, über die künftige Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung zu informieren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass an den bewährten vier Säulen der Sucht- und Drogenpolitik – Prävention – Beratung, Behandlung und Rehabilitation – Überlebenshilfe und Schadensreduzierung – Regulierung und Angebotsreduzierung – festgehalten werden muss (bitte mit Begründung)?

- a) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Prävention, und wann sollen diese starten?
- b) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Beratung, Behandlung und Rehabilitation, und wann sollen diese starten?
- c) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Überlebenshilfe und Schadensreduzierung, und wann sollen diese starten?
- d) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Regulierung und Angebotsreduzierung, und wann sollen diese starten?

2. Inwiefern plant die Bundesregierung die Umsetzung der – vom Suchtrat empfohlenen – Nationalen Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention (bitte mit Begründung)?

- a) Welche der in den Nationalen Aktionsprogrammen vorgeschlagenen Maßnahmen sollen konkret durch gesetzgeberische Maßnahmen in Form von Gesetzen oder Rechtsverordnungen umgesetzt werden, und wie?
- b) Welchen Zeitplan gibt es jeweils für die in den Nationalen Aktionsprogrammen umzusetzenden Maßnahmen?
- c) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Förderung der Tabakentwöhnung?
- d) Liegt die Koordination der nationalen Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung sowie die Zuständigkeit für die Ausarbeitung und Abstimmung der Vorhaben für die Nationalen Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention weiterhin bei der Drogenbeauftragten der Bundesregierung (falls nicht, bitte mit Begründung)?
- e) Wird das Gremium des Drogen- und Suchtrats von der Bundesregierung weiterhin unterstützt und dessen Expertise in die Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung einfließen?

3. Wird der Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung fortgeführt?

Wenn ja, in welcher Form bzw. welchem Turnus?

4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Häufigkeit, Ausprägung sowie die Entwicklung in den letzten Jahren von Sucht im Alter?

Welche neuen Forschungsvorhaben sind in diesem Bereich geplant, und wann starten diese?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation von Suchterkrankten im Alter, und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um eine verbesserte Datenlage für die über 64-Jährigen zu erzielen?

6. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Suchtprävention für suchtgefährdete Migrantinnen und Migranten, und wann starten diese?

7. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Suchtprävention für Kinder und Jugendliche, und wann starten diese?

8. Welchen Stellenwert und welche finanziellen Förderungen sollen Selbsthilforganisationen und ihre Verbände im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik erhalten?

9. Welche finanziellen Mittel soll die gesundheitliche Prävention im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik erhalten, und wie beurteilt die Bundesregierung diese finanzielle Ausstattung?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Werbe- und Sponsoringverboten für Tabak und Alkohol?
Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung Verkaufsverbote für Alkohol an Tankstellen, Kiosken und Supermärkten zwischen 22.00 Uhr und 5.00 Uhr?
Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von bildlichen Warnhinweisen auf Verpackungen bei Tabak und Alkohol?
Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Steuererhöhungen für Tabak und Alkohol?
Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
14. Welche Studien plant die Bundesregierung in den Bereichen Wirksamkeit von Werbe- und Sponsoringverboten von Drogen und Suchtmitteln, Wirksamkeit von Steuererhöhungen für Drogen und Suchtmittel sowie Wirksamkeit bildlicher Warnhinweise?
15. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Erfahrungen anderer Länder für die Bereiche Wirksamkeit von Werbe- und Sponsoringverboten von Drogen und Suchtmitteln, Wirksamkeit von Steuererhöhungen für Drogen und Suchtmittel sowie Wirksamkeit bildlicher Warnhinweise?
16. Wie stellen sich die Alkohol- sowie Tabakpreise sowie die Besteuerung von Alkohol und Tabak in Deutschland im Vergleich mit dem europäischen Ausland dar?
17. Wirbt die Bundesregierung gegenüber den Ländern für ein Werbe- und Sponsoringverbot für Alkohol in Hörfunk und Fernsehen vor 20 Uhr, und welche Ziele verfolgt sie in diesem Themenfeld (bitte mit Begründung)?
18. Plant die Bundesregierung eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung, um den Nichtraucherschutz zu verbessern?
Wenn nein, welche geeigneten Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um Nichtraucher besser zu schützen (bitte mit Begründung)?
19. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen von Drogenkonsum auf die Arbeitsleistung, Qualität und Produktivität der Arbeit, und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Datenlage und der Forschung plant sie?
20. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Sucht- und Drogenprävention in den Betrieben zu stärken und zu verbessern?
21. Welche Möglichkeiten sieht und unterstützt die Bundesregierung, Betriebe darin zu unterstützen, sucht- und drogenkranke Beschäftigte zu stabilisieren und möglichst zu entwöhnen?
22. Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen in der Ländern im Bereich des Nichtraucherschutzes und die tatsächliche Einhaltung und Überwachung dieser Regelungen in den einzelnen Ländern?
23. Wie findet im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Ländern statt?

24. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Ausmaß und Ausprägung des illegalen Zigarettenhandels?
25. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich des illegalen Zigarettenhandels, und wann starten diese?
26. Unterstützt die Bundesregierung die Durchführung eines Monitorings für Alkoholwerbung (bitte mit Begründung)?
27. Unterstützt die Bundesregierung die Senkung der Promillegrenzen für Autofahrer (bitte mit Begründung)?
28. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Testkäufen durch Jugendliche zur Überprüfung der Jugendschutzbestimmungen vor Ort ?
Inwiefern und gegebenenfalls wann plant die Bundesregierung in diesem Bereich rechtliche Änderungen, und inwieweit wird dabei rechtlichen Bedenken gegen den Einsatz jugendlicher Testkäufer Rechnung getragen?
29. Plant die Bundesregierung härtere Strafen gegen Händler, die Alkohol an Minderjährige verkaufen?
Falls ja, wann, und wie soll dies umgesetzt werden (falls nein, bitte mit Begründung)?
30. Plant die Bundesregierung eine Ausweispflicht für junge Alkoholkäufer?
Falls ja, wann, und wie soll dies umgesetzt werden (falls nein, bitte mit Begründung)?
31. Wie beurteilt die Bundesregierung die Suchtgefahr durch Medikamente und die Folgen von Medikamentenabhängigkeit, und welche Maßnahmen will sie dagegen wann ergreifen?
32. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Häufigkeit, Ausprägung sowie die Entwicklung in den letzten Jahren von Medikamentenabhängigkeit?
Welche neuen Forschungsvorhaben sind in diesem Bereich geplant, und wann starten diese?
33. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Medikamentenabhängigkeit, und wann starten diese?
Inwiefern werden diese Maßnahmen Gender Mainstreaming berücksichtigen und Akteure wie die Alten- und Pflegeheime, Krankenkassen, Ärzte, Apotheken, Pharmaindustrie, Heilbäder und Kurorte sowie die Selbsthilfe einbeziehen?
34. Welche Nachfolgeprojekte zum Aktionsplan des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) 2008/2009 zur Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) plant die Bundesregierung, und wann starten diese?
35. Wie beurteilt die Bundesregierung die Suchtgefahr durch Online- und Computerspiele, insbesondere für Kinder und Jugendliche?
36. Wird die Bundesregierung die Forschung für die Bereiche Online- und Computerspielsucht ausbauen, und wann startet dies (bitte mit Begründung)?
37. Inwieweit sieht die Bundesregierung eine mögliche Gefahr der Online- und Computerspielsucht für Kinder und Jugendliche, und welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf leitet die Bundesregierung daraus ab (bitte mit Begründung)?
38. Wie sieht der Zeitplan für den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigten Nationalen Aktionsplan im Bereich des Jugendschutzes aus?
Welche Maßnahmen zur Suchtprävention soll der Aktionsplan beinhalten?

39. In welchem Rahmen wird die Bundesregierung die Webpräsenz „Schau hin! Was Deine Kinder machen.“ weiterhin unterstützen, bekannter machen und gegebenenfalls weiterentwickeln?
40. In welchem Rahmen wird die Bundesregierung die Webpräsenz „Ein Netz für Kinder“, das u. a. die Software für einen sicheren Surfraum für Kinder anbietet, weiterhin unterstützen, bekannter machen und gegebenenfalls weiterentwickeln?
41. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Glücksspielsucht, und wann starten diese?
42. Inwieweit geht nach Ansicht der Bundesregierung eine Gefahr von Glücksspielen im Internet für Erwachsene, aber insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, aus, und inwieweit wird hier gesetzgeberischer Handlungsbedarf gesehen?
43. Wie bewertet die Bundesregierung die Substitutionsbehandlung mit Methadon sowie die Substitutionsbehandlung mit Diamorphin für Schwerstabhängige?

Plant die Bundesregierung in diesem Bereich gesetzliche Veränderungen?

44. Wie beurteilt die Bundesregierung Cannabis in der medizinischen Verwendung zur Schmerzlinderung?

Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?

45. Plant die Bundesregierung, Cannabis in der medizinischen Verwendung zur Schmerzlinderung zuzulassen (bitte mit Begründung)?
46. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der illegalen Drogen, und wann werden diese umgesetzt?

Berlin, den 21. April 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

